

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Für die Übergangsregelung gilt, was für die gesamte schwarz-grüne Schulreform gilt: Statt auch nur eines der bestehenden Probleme des Hamburger Schulsystems zu lösen, werden ständig weitere geschaffen.

Faktisch ist die Einführung der Primarschule um ein Jahr verschoben worden, nachdem der öffentliche Druck zu groß geworden war. Das ist kein Erfolg, sondern eine Niederlage.

Sie können ihren Zeitplan nicht halten, da es an Akzeptanz mangelt. Aus der Elternschaft, aus der Wirtschaft, aus der Lehrerschaft hagelt es Kritik. Dort mussten sie nachgeben. Das ist kein Ruhmesblatt, sondern ein Scheitern.

Der zweite Grund ist, dass die Schulbehörde selbst nicht so schnell ist, wie sie wollte, ihre eigenen Hausaufgaben nicht gemacht hat. Auch das ist nichts, was es zu bejubeln gilt.

Sie machen es aber auch wieder besonders kompliziert: Den schulpolitische Flickenteppich haben sie so lieb gewonnen, dass jetzt 2010 auch noch vier- und sechsjährige Grundschulen nebeneinander bestehen sollen.

Es wird viele Eltern geben, die das einfach nicht verstehen werden.

Auch treiben sie schon die nächste Auseinandersetzung in die schon genug verunsicherte Elternschaft hinein, da die Schulen entscheiden sollen, ob sie 2010 Primarschule sein wollen oder nicht. Ein Teil wird das wollen, ein Teil nicht.

Viele Eltern werden die Chance nutzen, als letzter Jahrgang ohne schwarz-grüne Beglückung der Primarschule noch durch das Schulsystem zu kommen.

Die Übriggebliebenen dürfen dann schon einmal Primarschule üben, wenn die Schulkonferenz das beschließt. Mit längerem gemeinsamem Lernen hat das aber rein gar nichts zu tun.

Dann stehen aber diese ersten Primarschulen allein vor den ganzen ungelösten Problemen ihrer Schulpläne: sie brauchen Gymnasiallehrer und sie sollen alle Profile Hamburgs weiterführender Schulen anbieten.

Das ist doch für einzelne Schulen gar nicht zu schaffen. Die CDU fordert in ihrem Papier, in dem ja nicht so viel drin steht, aber das steht da drin: „Weiterführende Schulen müssen ihr Profil durch

entsprechende Angebote auf entsprechendem Niveau bereits in den Klassen 5 und 6 vertreten sehen“.

Der Beschluss der Schulbehörde zeigt, dass ihr Papier nichts wert ist.

Nicht nur wird ein neues Problem geschaffen, sie lassen die Schulen auch noch bei der Umsetzung allein.

Die CDU setzt offenbar auf Vergesslichkeit. Ende 2007 beglückte die CDU die Hamburgerinnen und Hamburger mit einer großen Kampagne zur Rettung der Gymnasien. „Mit uns wird es eine Zerschlagung der beliebtesten Schulreform nicht geben... Die Hamburger Eltern können sich auf die CDU verlassen“ so der Landesvorsitzende der Hamburger CDU, Michael Freytag.

Nun wird es so sein, dass

- die Eltern gar nicht mehr entscheiden können
- nur noch gut 30% auf die Gymnasien gehen sollen
- diese Schulform zwei Klassenstufen verliert

Die Hamburger CDU spekuliert darauf, dass ihre Wähler bei allem Ärger ihnen die Treue halten. Das wird wohl nichts. Im Gegenteil: da denken einige über die Gründung einer eigenen Partei nach. Das ist die Quittung.

Der Bürgermeister hat Schulfrieden versprochen. Da hat er den Mund zu voll genommen. Überall wird gestritten. Er selbst ist sich ja noch nicht einmal mit seinem Landesvorsitzendem Herrn Freytag einig.

Während von Beust die schwarz-grünen Pläne offensiv vertritt, klärt der Landesvorsitzende der CDU, Herr Freytag hingegen, dass er sei für falsch hält und nur aus Koalitionsgründen für notwendig.

Das ist ja schon ein großer Unterschied. Was die CDU Fraktion eigentlich will, wissen wir nicht.

Erst wollten sie für die Langform an den Gymnasien kämpfen, davon hören wir jetzt nichts mehr.

Dann sollten nur die humanistischen Gymnasien unter Artenschutz gestellt werden, dann haben sie sich davon distanziert.

Jetzt fordern sie erneut, dass Eltern jede Primarschule in Hamburg anwählen können. Im Ergebnis wird sich dann die

Schülerschaft nicht mehr nach dem Wohnortprinzip verteilen und die Spaltung der Stadt wird vorangetrieben.

Herr Freistedt hält hier seine blumigen Reden, die abwechselnd der Schulsenatorin und der CDU-Fraktion peinlich sind.

In ihrem beschlossenen Papier steht wenig Konkretes, das war aber wohl die Voraussetzung für eine einstimmige Beschlussfassung bei der CDU.

Vielleicht war es nur ein Gruppendynamischer Prozess, um den CDU Widerstand gegen die Schulpläne in vielen

Gesprächsrunden zu ermüden, damit er zum Erliegen kommt.

In der CDU waren einige als Tiger mutig gestartet, um mit einem Rest von Wahrhaftigkeit Hamburgs verunsicherte Eltern zu unterstützen. Sie sind als niedliches Plüschkätzchen auf dem Schreibtisch des ersten Bürgermeisters gelandet.

Nur schlauer über das, was sie eigentlich wollen, ist dadurch niemand geworden. Hamburgs Eltern jedoch wissen nun genauer, dass sie von der Hamburger CDU nichts mehr zu erwarten haben.

Ein großer werdender Teil der Eltern gibt sich mit Schulpolitik hingegen gar nicht mehr ab, sondern wählt individuelle Wege.

Die Abstimmung mit den Füßen ist im vollen Gange.

Eltern haben ihre Finanzen durchgerechnet und verabschieden sich in Richtung Privatschulen.

Besonders viele Anhänger der Grünen trauen ihrer eigenen Schulsenatorin nicht und verlassen das öffentliche Schulsystem genau zu dem Zeitpunkt, wo das erste Mal in Hamburg eine grüne Schulsenatorin das Sagen hat.

Das sind Eltern, die ihren organisierten Beteiligungsprozess ablehnen, weil sie den Weg falsch finden und jegliches Vertrauen in das öffentliche Schulwesen verloren haben.

Ab heute mobilisiert die Max-Brauer-Schule für eine Demonstration, eine Menschenkette gegen die Schulpolitik des Schwarz-Grünen Senats.

Die preisgekrönte und hochgelobte Max-Brauer-Schule soll nicht vor schwarz-grünen Anschlägen verschont bleiben.

Allein dieses zeigt doch, dass es bei der sogenannten Reform nicht darum geht, bessere Schulen in Hamburg zu bekommen.

Sondern dass jegliche Vernunft der schwarz-grünen Koalition geopfert wurde.

Statt alle Schulen auf dem Weg zu besseren Schulen aktiv zu begleiten, legt diese Koalition die Axt an einige der besten

Schulen dieser Stadt. Jahrelang erarbeitete hohe Qualität der Schulen wird sinnlos geopfert.  
Eine Schule für Alle, wie sie das Vorbild weit über Hamburg hinaus ist, wird zerstört.